



Zeit zu handeln statt zu tricksen!

Unmittelbar vor dem XVI. Erwerbslosenparlament des Landes Mecklenburg-Vorpommern am 25. Oktober 2013 inszenierte der Erwerbslosenbeirat eine satirische Aufführung vor der Staatskanzlei in Schwerin mit der symbolischen Übergabe der drei angeblich letzten Langzeitarbeitslosen in MV an eine fiktive Firma. Diese Vorstellung richtete sich insbesondere auf das politische Schönrechnen der Arbeitslosenzahlen. Im September 2013 wurden statistisch 88.193 Arbeitslose erfasst. Die wahre Arbeitslosigkeit lag aber bei 122.184 Frauen und Männern. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, an Weiterbildungen teilnehmen und fast alle Arbeitslose über 58 Jahre sowie Arbeitslose, die einen privaten Arbeitsvermittler in Anspruch nehmen, werden offiziell nicht als arbeitslos gezählt.

Forderungen des XVI. Erwerbslosenparlaments in MV:

Gute und sichere Arbeit, Förderung der sozialen Teilhabe und Bekämpfung der Armut!

Das Erwerbslosenparlament des Landes Mecklenburg-Vorpommern fordert die demokratischen Fraktionen im Landtag und die Landesregierung auf, sich stärker als bisher gegenüber der neuen Bundesregierung, aber auch im eigenen Land, für existenzsichernde, tarifgebundene Löhne und Gehälter, getragen von einem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn, für die Förderung der

Integration und Teilhabe und für die Bekämpfung von Armut einzusetzen.

145.000 erwerbsfähige Hilfebedürftige beziehen Leistungen der Grundsicherung und insgesamt mehr als 168.000 Frauen und Männer suchen eine existenzsichernde Arbeit.

Deshalb fordern wir:

■ für die seit Jahren vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Erwerbs-

Liebe Vorstände und Mitglieder,

das Ehrenamt ist ein wichtiges Element unserer Gesellschaft, kann Hauptamtlichkeit aber nicht oder nur bedingt ersetzen. Immer mehr Aufgaben der öffentlichen Hand werden auf das Ehrenamt verlagert. Das sind zu hohe Erwartungen an das Ehrenamt. Auch brauchen Quantität und Qualität von Ehrenamtlichkeit hauptamtliche Unterstützung, die bisher oftmals von den Kommunen kam, die nun aufgrund ihrer Haushaltslage, besonders auch in Folge der Kreisgebietsreform, dazu oft nicht mehr in der Lage sind. Der ALV unterstützt die Forderung nach einer aufgabengerechten Finanzausstattung der Landkreise und kreisfreien Städte. Ein Landeshaushalt mit Rücklagen in Millionenhöhe und seit Jahren ohne Neuverschuldung ist kein Selbstzweck und nutzt wenig, wenn ringsum die »Kommunen absaufen« und die Sozialausgaben in die Höhe schießen. Auch die Benachteiligung von arbeitslosen Menschen bei der Ausübung eines Ehrenamtes muss abgebaut werden. Viele arbeitslose Menschen engagieren sich im ALV und außerhalb, viele erreicht man aber auch nicht mehr, weil sie jahrelang von der Gesellschaft zurückgestellt wurden und von dieser nun selbst nichts mehr erwarten. Die Probleme des demografischen Wandels lassen sich nicht mit mehr Arbeit im Ehrenamt lösen, vielmehr muss die Bundesrepublik kinder- und familienfreundlicher und die Integration langzeitarbeitsloser Menschen forcieren, um Kosten zu senken und mehr Menschen zum Mitmachen zu bewegen.

Jörg Böhm
Landesvorsitzender

Aus dem Inhalt

Seite 2	Der Landesvorstand informiert
Seite 8	Aktuelles zu Hartz IV
Seite 15	Aus den Bereichen

losen längerfristige existenzsichernde sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsangebote durch die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes bereitzustellen;

■ sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Mittel für die aktive Arbeitsmarktförderung erheblich aufgestockt und die arbeitsmarktpolitischen Instrumente wieder stärker auf die Förderbedarfe von Langzeitarbeitslosen angepasst werden;

■ politisch für eine grundsätzliche Reformierung des Hartz-IV-Systems einzutreten, den Regelsatz auf den tatsächlichen Bedarf zur Sicherung der sozialen Teilhabe anzuheben, notwendige einmalige Leistungen zusätzlich zu übernehmen und bei Kindern und Jugendlichen die tatsächlichen Bedarfe und Kosten neu zu überprüfen;

■ den Einsatz unseres Landes gegenüber der neuen Bundesregierung und im Bundesrat für eine längst fällige neue Ordnung der Arbeit, einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, erleichterte allgemeinverbindliche Erklärungen für Tarifverträge, die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen, der Ausbau des Kündigungsschutzes sowie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen;

■ das Arbeitszeitbegrenzungs-gesetz so zu ändern, dass flexible Altersübergänge entsprechend der demographischen Entwicklung und der geschlechterspezifischen Bedingungen gesichert sind, Unterbrechungen der Erwerbszeit finanziell getragen werden und umfassende sozialpolitische Siche-

rungssysteme sowie die Angleichung des Rentenwertes Ost an West, um Altersarmut zu verhindern;

■ die Förderung der Gründung von Genossenschaften zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung effektiver zu unterstützen, um Menschen, die am Existenzminimum, insbesondere im ländlichen Raum, leben, die Möglichkeit zu bieten, uneingeschränkt und freiwillig die Deckung ihres Lebensbedarfes durch Sozial- bzw. Dorfgenossenschaften u.a. zu gewährleisten.

Ein besonderes Anliegen unseres Parlamentes ist die Forderung, durch Landesmittel die gravierenden Unterschiede im Lebensstandard zwischen Mecklenburg und Vorpommern schnellstmöglich zu überwinden. Beschlossen am 25. Oktober 2013 in Schwerin



TERMINE

LANDESVORSTANDSSITZUNGEN:

25.01.2014 Bützow

01.03.2014 Bützow

28.03.2014 Schwerin

BUNDESVORSTANDSSITZUNG:

18.01.2014 Berlin

ARBEITSMARKTGESPRÄCHE:

05.02.2014, 19.03.2014 Schwerin

10.00 Uhr Haus der Begegnung

KLAUSURTAGUNG:

22./23.05.2014 Parchim

LANDESVERBANDSTAG:

20.09.2014 Richtenberg

UNSER LANDESVORSTAND:

JÖRG BÖHM, **Vorsitzender**, KV Schwerin

JOACHIM WÖLM, **stellv. Vorsitzender**, OV Bad Kleinen

BÄRBEL FRIEDRICH, **stellv. Vorsitzende**, OV Richtenberg

ASTRID PETERS, **Schatzmeisterin**, OV Bützow

CHRISTINE LOHEIT, **Mitglied**, OV Bützow

DR. HEIKO HAHNEL, **Mitglied**, OV Lübz u. Umgebung

HANELORE SCHIEBE, **Mitglied**, TV Uecker-Randow

LYDIA SCHULZ, **Mitglied**, OV Gadebusch

PETRA ECKERT, **Mitglied**, KV Schwerin

UNSERE LANDESGESCHÄFTSFÜHRUNG:

KARL-HEINZ FIGAS, **Geschäftsführer**, KV Schwerin

CHRISTINE LOHEIT, **stellv. Geschäftsführerin**, OV Bützow

SANDRA MÜLLER, **Finanzsachbearbeiterin**, OV Bützow

UNSERE MITGLIEDER IM BUNDESVORSTAND:

CHRISTIAN KÖPCKE, **stellv. Vorsitzender**, OV Bützow

JÖRG BÖHM, **Mitglied**, KV Schwerin

UNSER MITGLIED IN DER BUNDESREVISIONSKOMMISSION:

ADELE SCHAWA, KV Müritz

IMPRESSUM

Herausgeber, Redaktion & Gestaltung:
Arbeitslosenverband Deutschland Bundes-
verband, Landesverband Mecklenburg-
Vorpommern e.V.

Anschrift: Haus der Begegnung,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin

Tel.: 0385 - 2 07 28 11

Fax: 0385 - 2 07 28 12

E-Mail: alv-mv@hdb-sn.de

Internet: www.alv-mv.de

V.i.S.P. Jörg Böhm

XVI. ERWERBSLOSENPARLAMENT MV

25. Oktober 2013

Fotos: Armin Blumtritt, Lydia Schulz (ALV)



Hier spricht Gerd E.

Über 126 Tausend Erwerbslose in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin auf der Suche nach einer existenzsichernden Arbeit. Schlechte Meldungen kann auch die Landesregierung nicht gebrauchen. Deshalb bleibt sie dabei, die Arbeitslosenzahlen schön zu rechnen.

Mecklenburg-Vorpommern trat mit 68.928 Arbeitslosen den Weg in die deutsche Einheit an.

Am 01.11.1990 waren es dann bereits 77.527 Arbeitslose und 170.000 Kurzarbeiter. »Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen« sagte der ehemalige Bundesarbeitsminister Scholz.

Der Erwerbslosenbeirat will alle Erwerbslosen erfassen, nicht nur die registrierten Arbeitslosen. Das ist Ehrlichkeit, weil die Dimension der benötigten Arbeitsplätze zählt. Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im November 2013 sind

ohne die »Stille Reserve« 126.451 Menschen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern arbeitslos. Noch schlimmer stellt sich dar, dass 141.720 erwerbsfähige Hilfebedürftige plus 27.853 Arbeitslose im SGB III also 169.573 Menschen die arbeiten wollen und können, auf staatliche Hilfen angewiesen sind. **Es ist Zeit, diese Menschen in Arbeit zu bringen und die Politik, die Arbeitsverwaltung und die Unternehmer zu effektivem Handeln zu zwingen.**

- **Tatsächliche Arbeitslosigkeit im November 126.451**
- **Offizielle Arbeitslosigkeit 95.264 (plus 5.694 zum Oktober)**
- **Nicht berücksichtigte Arbeitslose 31.187**
- **Vorruhestands- bzw. vorruhestandsähnliche Regelungen 10.638**
- **Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten) 5.383**
- **Förderung von Arbeitsverhältnissen 240**
- **Fremdförderung 1.352**
- **Beschäftigungsphase Bürgerarbeit 1.621**
- **Berufliche Weiterbildung 5.701**
- **Aktivierung und Eingliederung**

(z. B. Vermittlung durch Dritte) **3.604**

- **Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose) 179**
- **Kranke Arbeitslose 2.469**
- **Bedarfsgemeinschaften 110.795**
- **Personen in Bedarfsgemeinschaften 189.432**
- **Erwerbsfähige Hilfebedürftige 141.720**

Bei durchschnittlich 101.891 Arbeitslosen und 150.048 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Jahr 2012 hatte Mecklenburg-Vorpommern 33.070 Langzeitleistungsbezieher (32,5%) über 1 Jahr, 13.145 (12,9%) über 2 Jahre und 6.306 (6,2%) über 3 Jahre, die keine einzige arbeitsmarktpolitische Maßnahme erhalten haben.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung Deutschland und Länder, Mecklenburg-Vorpommern, November 2013 und Bestand an Langzeitleistungsbeziehern und erwerbsfähigen Hilfebedürftigen.

Dr. Gerd E. Neumann

Was braucht ein Mensch zum Leben?

Gesundheit. Natur. Familie. Freunde. Freizeit. Soziales Eingebundensein. Eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit. Ausreichendes Einkommen für Essen, Kleidung, Wohnraum, Bildung, Kultur, Sport.

Der Mensch ist ein soziales Wesen, das den anderen Menschen braucht.

»Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum braucht er was zu Essen bitte sehr. Es macht ihn ein Geschwätz nicht satt, das schafft kein Essen her ...«

Textpassage aus dem Lied von der Einheitsfront, Ernst Busch 1936

10. Dezember, Welttag der Menschenrechte

33 bundesweite Aktionen vor den Jobcentern, Grundgesetze für Mitarbeiter

Auch mittags ist dieser Dienstag, der 10. Dezember 2013, der 65. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte, in Schwerin noch grau. Die Aktion vor dem Jobcenter ist es keinesfalls. Eine von 33 bundesweiten Aktionen. Eine kleine Menschengruppe, an die dreißig Menschen, darunter auch Mitglieder des ALV, ist vor Ort für eine runde halbe Stunde. Betroffene, die konkret von ihren Schicksalen berichten werden, von Sanktionen bis hin zu Gefängnisstrafen. Ja, wenn ein Bedürftiger nicht spürt, dann spürt er halt, in einem Fall zwei Tage Bützow. Der bekannte Bürgerrechtler Heiko Lietz mahnt als Sprecher die Wahrung elementarster Grundrechte an.

Und gesehen wird auch der Landesrabbi William Wolff. Im späteren Verlauf sind auch die Führungskräfte von Arbeitsagentur und Jobcenter Zuhörer vor Ort. Hinter unzählig leicht geöffneten Fenstern tut man es auch. Und so spricht die anwesende suspendierte Hamburger Jobmitarbeiterin Inge Hannemann (wer will, findet sie im www.) dann auch gleich direkt zu ihren Kollegen. Schlägt ihnen sogar einen mehrmonatigen Selbstversuch mit Hartz IV vor. Auch hinter diesen Schreibtischen hat längst die Angst Platz genommen. Auch hier viele Befristete, viel Mobbing. Die Aktion wird friedlich enden ohne Ausschreitungen. Reichlich Grundgesetze wer-

den den Führungskräften noch geschenkt für ihre Leute, die doch auch nur ihren Job machen. Inge Hannemann lebt humanistische Grundwerte, hat eine Petition an den Deutschen Bundestag für die sofortige Abschaffung der Sanktionen initiiert, über 40.000 Unterschriften sind bereits beisammen. Heldin will sie nicht genannt werden. Nein, das ist sie auch nicht. Sie ist ein Mensch mit Rückgrat. Ihr Handeln hat etwas in Bewegung gebracht. Und das ist äußerst anerkennenswert. Und sie ist eine sehr Sympathische. Viele gute menschliche Begegnungen hatte diese Mittagsstunde, die mir im Gedächtnis bleiben werden.

Text und Fotos: Petra Eckert



**AKTION DES
AKTIONSBÜNDNIS
»SOZIALE GERECHTIGKEIT
UND MENSCHENWÜRDE – IN
WÜRDE LEBEN« E.V.**

10. Dez. 2013,
11.55 Uhr
Jobcenter Schwerin
Margaretenhof



**Gleiches Recht
für alle!!!
Hartz IV-Betroffene
sind keine Menschen
zweiter Klasse!!!**

§ 1 Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Aus dem Internet, 10. Dez. 2013

Inges Fragen an die Bundesagentur

»Sehr geehrte Bundesagentur für Arbeit, wie viele Tote, Geschädigte und geschändete Hartz-IV-Empfänger wollen Sie noch auf Ihr Konto laden?«, fragte Inge Hannemann ihren Arbeitgeber Anfang des Jahres in einem Brandbrief. Das Schreiben veröffentlichte sie auf ihrem Internetblog. Weil die 45-jährige Hamburgerin überzeugt ist, dass das »System Hartz IV« krank mache und das auch öffentlich kund tut, wurde sie mittlerweile vom Dienst freigestellt. Dagegen wehrt sie sich nun vor Gericht. Es ist vor allem die Sanktionspraxis, die Hannemann stört. Empfänger von Arbeitslosengeld II – auch Hartz IV genannt, weil es 2005 im Zuge der Hartz-Reformen eingeführt wurde – haben bestimmte Pflichten. Zum Beispiel, eine zumutbare Arbeit anzunehmen, Weiterbildungsmaßnahmen nicht abzubrechen oder zu den Terminen beim Jobcenter zu erscheinen. Bei Verstößen kürzt oder streicht das Jobcenter die Geldleistungen. »Das kann sogar zum Selbstmord führen«

Die 10 Gebote

- 1.) Du sollst nicht alleine zum Amt gehen.
- 2.) Du sollst alle Deine Schreiben ans Amt kopieren, bevor Du sie abgibst, und die Kopien sorgfältig aufbewahren.
- 3.) Du sollst Deine Schreiben an das Amt rechtssicher abgeben.
- 4.) Du sollst nicht glauben, was der Sachbearbeiter sagt.
- 5.) Du sollst keine Eingliederungsvereinbarung ohne sorgfältige und misstrauische Prüfung unterschreiben.
- 6.) Du sollst Dich gegen Zumutungen und Unrecht wehren.
- 7.) Du sollst Dich mit anderen Erwerbslosen zusammenschließen.
- 8.) Du sollst nicht an unsinnigen Maßnahmen teilnehmen.
- 9.) Du sollst nicht für Niedriglohn oder zu gesundheitsschädlichen Bedingungen arbeiten.
- 10.) Du sollst der Hetze gegen Erwerbslose nicht glauben. Du bist nicht schlecht, Du bist nicht wertlos, Du bist nicht schuld an der Lage am Arbeitsmarkt.

Petition 46483

Arbeitslosengeld II - Abschaffung der Sanktionen und Leistungseinschränkungen (SGB II und SGB XII) vom 23.10.2013

Text der Petition

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die Paragraphen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitsuchende, § 31 bis § 32 SGB II) und im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe, §39a SGB XII) ersatzlos zu streichen, die die Möglichkeit von Sanktionen bzw. Leistungseinschränkungen beinhalten.

Begründung

Die Sanktionen (§ 31 und § 32 Zweites Buch Sozialgesetzbuch) und die Leistungseinschränkungen (§ 39 a Zwölftes Sozialgesetzbuch) verletzen das Recht auf die Absicherung des zwingend gesetzlich festgelegten soziokulturellen Existenzminimums. Wem ganz oder teilweise die Grundsicherungsleistung gestrichen wird, dessen Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist bedroht.

13. LANDESSPENDEN-SAMMLUNGSAKTION

EIN GROßES
DANKESCHÖNAN ALLE SPENDER
UND SPENDENSAMMLER

DER LANDESVORSTAND



7.127 €

BARLACH "Verhüllte Bettlerin" 1919

Unsere 14. Landesspenden-Sammlungsaktion findet vom 9. bis 27. Juni 2014 statt.

Für uns

VERBANDSBLATT des Arbeitslosenverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Redaktionswünsche an unsere
Volkskorrespondenten vom ALV

Die Redaktion wünscht sich auf jeden Fall Euch als VK, sogenannte Volkskorrespondenten, Berichterstatter vor Ort. Wir können und wollen auch nicht alles selbst schreiben. Schließlich können wir nicht überall dabei sein. Honorar würden wir gern, können wir aber Euch und uns nicht zahlen. Schreibt von dem, was Euch bewegt, was Euch begeistert, und von dem Ihr meint, dass es auch andere Orts- und Kreisvereine wissen sollten. Lesermeinungen werden auch sehr gerne genommen.

Fotos: immer gesondert extra als JPG-Format, unbearbeitet, eingebettet, in guter Auflösung (300 dpi) als Mail-Anhang senden

Text: reiner Fließtext, unformatiert, ungestaltet, Arial 11pt

E-Mail: alv-mv@hdb-sn.de

Bitte berichtet uns über die konkreten Verwendungen der Spendenzuwendungen an die Tafeln des ALV in MV, speziell aus der »Hand-in-Hand-Aktion« des NDR Wir wollen es in unserem Verbandsblatt öffentlich machen.

Kleine Schreibtipp

Als erstes überlegt Euch, worüber Ihr schreiben wollt, also das Thema bestimmen. Bevor losgeschrieben wird: Vielleicht eine kleine Gliederung skizzieren. W-Fragen stellen:

Wer? Wann? Wo?

Was? Woher? Warum? Wie?

Kurz, klar, objektiv und verständlich schreiben. Nicht mehr als eine DIN-A 4-Seite. Mit eigenem Stil schreiben. Der Text muss den Leser fesseln. Das Wichtigste immer zuerst. Quellenangaben immer an den Anfang setzen. Wenn möglich, immer ein gutes, aussagestarkes Foto beifügen. KV, OV angeben, Textautor, Fotografen, Personen auf Fotos mit Titel, Vor- und Nachnamen benennen, immer von links nach rechts; Text für Bildunterschrift aufschreiben. Und dann zum Schluss den Text nochmals lesen, Rechtschreibung, Grammatik prüfen. Der DUDEN darf und sollte trotz Rechner benutzt werden, da dieser nicht alles Fehlerhafte erkennt.

Ein letztes Mal BARKOW am Kritzower See

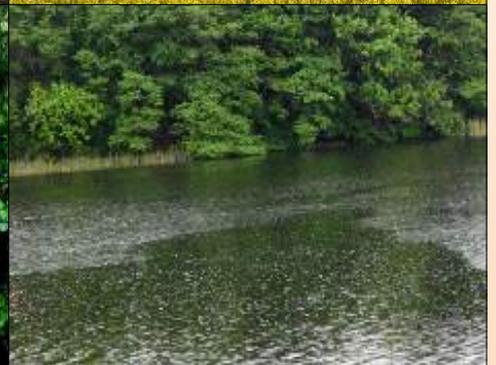
Viele Jahre bewährter Ort unserer Klausuren – 23., 24. Mai 2013



Jürgen Lather
und seinen Mitstreitern vom
OV Lübz sei für die stetig gute
Betreuung und Versorgung ganz
herzlich gedankt.
Der Landesvorstand 2013



Die Klausurberatung des Landesverbandes in Barkow in diesem Jahr wurde, wie schon von den mehr als 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 14 Strukturen des LV MV sowie dem LV Berlin und dem LV Brandenburg, als ein wichtiges Forum des Informationsaustausches und der Bildung sowie für die Zusammengehörigkeit bewertet. Gleichzeitig wurde die Auswahl der Referent/innen und die Sinnhaftigkeit der Arbeitsgruppen kritisch hinterfragt.



Aus SVZ Fr., 9. August 2013

„Hartz IV wirkt wie ein Stigma“

Eine Studie der Universität Jena bescheinigt den Hartz-Reformen fatale Folgen: Betroffene werden in die Passivität getrieben und ausgegrenzt

Nach einer Studie der Universität Jena werden Hartz-IV-Empfänger stigmatisiert. Dieses Stigma sei für die Betroffenen inzwischen vergleichbar mit der schwarzen Hautfarbe im Süden der USA, sagte der Soziologe Klaus Dörre im Interview mit Andreas Hummel. Er plädiert dafür, die Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher aufzuheben und mehr Beschäftigung etwa im Pflege- und Bildungssektor zu schaffen.

Ihre Studie bescheinigt den Hartz-Reformen eine fatale Bilanz – warum? Dörre: Der entscheidende Punkt ist, dass die aktivierende Arbeitsmarktpolitik nichts aktiviert.

Der Anspruch ist gewesen, dass man die Erwerbsorientierung der Betroffenen verändern kann und dies umso besser, je ungemütlicher man die Erwerbslosigkeit gestaltet. Dabei wird ausgeblendet, dass die Erwerbsorientierung im Laufe des Lebens angeeignet wird, relativ stabil ist und nicht einfach umgeformt werden kann.

Allerdings würde der Großteil der Bevölkerung den Grundsatz des Forderns und Förderns wohl unterschreiben.

Den Hartz-Reformen liegt das Bild zugrunde der faulen, passiven Langzeitarbeitslosen, die es sich in der Hängematte des Wohlfahrtsstaates bequem machen. Das können wir nicht feststellen. Das Gros der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten im Leistungsbezug ist von sich aus aktiv. Die Aktivierungsbemühungen gehen an ihnen vorbei und nutzen ihnen wenig bis gar nichts. Es gibt lediglich eine kleine Gruppe mit einem Anteil von acht bis zehn Prozent der Leistungsbezieher, die nicht mehr kann und nicht mehr will. Eine reiche Gesellschaft muss so eine Gruppe aushalten.

In Ihrer Untersuchung stellt sich

Hartz IV als Teufelskreis dar, dem man kaum enttrinnen kann, wenn man einmal drin ist.

Was wir finden ist, dass es für kaum einen Befragten Verbesse-

»Ein solcher Gängelungsapparat, der bis in private Lebensbereiche hineinwirkt, ist unsinnig und rechtfertigt die Kosten nicht.«
Klaus Dörre Wirtschaftssoziologe

rungen gegeben hat. Den Sprung aus dem Leistungsbezug haben ganz, ganz wenige in unserem Sample geschafft. In den sieben Jahren (der Befragung) haben wir bei manchen zehn, zwölf Stationen – Ein-Euro-Job, Praktikum und Ähnliches – am Ende ist man aber immer wieder im Leistungsbezug.

Welche Folgen hat Hartz IV für die Betroffenen in der Gesellschaft?

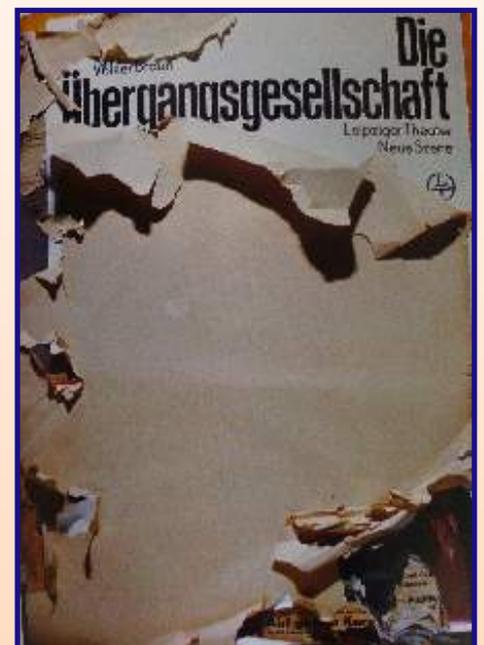
Hartz IV wirkt wie ein Stigma. Das Zusammenlegen von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe wurde verkauft als Besserstellung von Sozialhilfebezieher. Das Gegenteil ist richtig. Der springende Punkt ist, dass etwa Frauen im Osten, die lange berufstätig waren und dann herausfallen, sich jetzt wahrnehmen als Leute, die gewissermaßen unter die Schwelle der Respektabilität gedrückt werden, auf eine Stufe gestellt werden mit Sozialhilfebezieher. Das ist eine enorme Kränkung. In der Gesellschaft als »Hartz« identifiziert zu werden, ist ähnlich wie dunkle Hautfarbe zu haben im Süden der USA. Das ist ein Stigma, das an einem haftet, das man nicht los wird und mit dem man in Alltagssituationen immer wieder konfrontiert wird.

Sie sprechen davon, dass Hartz-IV-Empfänger Verhaltensweisen entwickeln, die sie selbst immer mehr abschotten von der übrigen Gesellschaft.

Je länger man im Hartz-IV-Bezug bleibt, desto stärker ist man gezwungen, sich mit materieller Knappheit und fehlender Anerkennung zu arrangieren. Sie meiden Leute, die Arbeit haben, weil sie nicht wollen, dass das Gespräch auf ihre Situation kommt; sie gehen nicht mehr in die Kneipe, weil sie ihrem Bekannten kein Bier ausgeben können. Man entwickelt einen Überlebenshabitus, der der Gesellschaft die Stigmatisierung erleichtert. Das ist eine Spirale nach unten.

Welche Konsequenzen müssen aus Ihrer Sicht gezogen werden? Der erste Schritt müsste sein, die Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger aufzuheben. Ein solcher Gängelungsapparat, der bis in private Lebensbereiche hineinwirkt, ist unsinnig und rechtfertigt die Kosten nicht. Der zweite Punkt ist: **Es muss sinnvolle Beschäftigung geschaffen werden.** Es gibt im Dienstleistungssektor großen Nachholbedarf bei pflegenden, erziehenden und bildenden Tätigkeiten. **Und wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn.** ■

PLAKATKUNST



Aus ND Mi., 2. Oktober 2013

Die Tragik der Generation 50+

Sozialreport: In Ostdeutschland fürchten sich viele vor Armut mit dem Renteneintritt

Von Rainer Balcerowiak

Eigentlich sollte die Rente den Übergang in den wohlverdienten Ruhestand sicherstellen. Doch viele Ostdeutsche sehen sich von sozialem Abstieg bedroht.

Viele ältere Menschen in Ostdeutschland befürchten für ihre Zukunft massive materielle Einschnitte und gehen davon aus, nicht ausreichend gegen Altersarmut abgesichert zu sein. Das ist das Ergebnis des »Sozialreports 50+« den das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (SFZ) im Auftrag der Volkssolidarität erstellte. Das SFZ veröffentlicht bereits seit 1990 regelmäßig Studien über die Lebensverhältnisse und die Einstellungen der Bewohner in den neuen Bundesländern. Rund 50 Prozent der für den »Sozialreport 50+« befragten 1256 Personen gaben an, im Falle von Pflegebedürftigkeit, Erwerbslosigkeit und beim Renteneintritt nicht ausreichend gegen Armut abgesichert zu sein. Wie real diese Ängste sind, zeigen auch die Zahlen des Statistischen Bundesamtes, laut denen bereits jetzt 19 Prozent aller Ostdeutschen zwischen 50 und 65 Jahren unterhalb der Armutsschwelle leben, die bei dieser Erhebung mit 850 Euro für einen Alleinstehenden definiert wurde. Für Gunnar Winkler, den Präsidenten der Volkssolidarität, spiegelt sich in den Ergebnissen des Reports die ganze Tragik der betroffenen Generation wider. Zum einen **hätten diese Jahrgänge »in hohem Maße die wirtschaftliche und politische Entwicklung der vergangenen 30 Jahre geprägt und den deutschen Vereinigungsprozess maßgeblich getragen«**, sagte Winkler bei der Vorstellung des Berichts am Dienstag in Berlin. Gleichzeitig sei **bei dieser Altersgruppe »der bisher**

umfassendste Sozialabbau der Nachkriegsgeschichte voll wirksam geworden«. Dies gelte, so Winkler, zwar auch für viele Menschen in den alten Bundesländern, doch es sei offensichtlich, dass Ostdeutsche in besonderem Maße betroffen seien. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den in dieser Bevölkerungsgruppe deutlich höheren Anteil derjenigen, die nach der Wende mit Lohnneinbußen verbundene Dequalifizierungen sowie längere Phasen der Erwerbslosigkeit – durchschnittlich drei Jahre – erleben mussten: dies manifestiere sich auch in entsprechend niedrigen Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung. Und es erkläre auch, warum sich 39 Prozent der Befragten explizit als Verlierer der Vereinigung von 1990 sehen. Zudem sei der Anteil der 50- bis 65-Jährigen an den Erwerbslosen in den vergangenen Jahren trotz positiver konjunktureller Entwicklung deutlich gestiegen, von 27 Prozent im Jahr 2007 auf 35 Prozent im vergangenen Jahr. **Generell müsse die Politik Bedingungen schaffen, durch die »der Lebensstandard auch im Alter gesichert ist und niemand wegen Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen, Erwerbsminderung, Familienarbeit oder prekärer Selbständigkeit in Armut altern muss«, forderte Winkler.** Eine weitere Absenkung des Rentenniveaus sei ebenso wenig hinnehmbar wie die trotz gegenteiliger Versprechen von den vergangenen Bundesregierungen immer wieder verschleppte Angleichung der Renten in Ost und West. Er sei ein gesellschaftspolitischer Skandal, wenn große Teile der über 55-Jährigen in Ostdeutschland das nahende Rentenalter nicht als Übergang in den wohlverdienten Ruhestand, sondern als drohenden sozialen Abstieg empfänden, kritisier-

te der Präsident der Volkssolidarität. Und **die Angleichung des Rentenniveaus sei schließlich kein »Restposten der deutschen Einheit, sondern ein Beitrag zur Armutsminderung im Osten«**. Zur im Grundgesetz geforderten Schaffung gleichartiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes gehöre ferner, dass endlich ein einheitlicher flächendeckender Mindestlohn von mindestens 8.50 Euro pro Stunde eingeführt werde. Es sei nicht nachvollziehbar, dass Branchenmindestlöhne immer noch unterschiedlich festgesetzt werden. So bekommt eine Pflegekraft im Westen mindestens neun Euro, im Osten aber nur acht. Dies könne wohl kaum mit der unterschiedlichen Produktivität begründet werden, es sei denn, man gehe davon aus, »dass Ostdeutsche pflegeleichter sind«.

1.090.006 €

für die TAFELN in Norddeutschland

erbrachte die »Hand in Hand für Norddeutschland«-Spendenaktion des NDR in der Zeit vom 2. bis 13. Dezember 2013.

DANKESCHÖN!

seit 1993 gibt es die
TAFELN in der BRD

Gesamt: an die **1000**

Davon in M-V: 30

Träger sind:
Kirchliche Einrichtungen,
Sozialverbände,
Orts- und Kreisvereine des
Arbeitslosenverbandes (ALV)

**WAS TUT EIGENTLICH
DER SOZIALSTAAT?**

Aus ND Do., 8. August 2013

Zwangssrente für Arbeitslose

Jobcenter schicken Hartz-IV-Bezieher vorzeitig in den Ruhestand

Von Fabian Lambeck

Die Chancen auf einen Job für ältere Arbeitslose sind denkbar schlecht. Insbesondere im Osten gehen viele Jobcenter dazu über, die Betroffenen auch gegen ihren Willen früher in Rente zu schicken. Der Befund der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist eindeutig: »Arbeitslosigkeit zu beenden, ist für Ältere schwieriger als für Jüngere«, heißt es in einem 2012 veröffentlichten Bericht der Nürnberger Behörde. **Zwar sei die allgemeine Beschäftigungslage für Menschen über 55 besser geworden, konstatiert die BA, trotzdem seien die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Ältere gering.** »Entsprechend ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter Älteren höher als im Durchschnitt aller Altersklassen«, so das Fazit. Im Osten der Republik ist ihr Anteil besonders hoch. In Wittenberg und dem Salzlandkreis sind drei Viertel aller älteren Arbeitslosen seit mindestens vier Jahren im Hartz-IV-Bezug. Das macht sich in der Statistik nicht gut. Deshalb gehen immer mehr Jobcenter dazu über, die Betroffenen frühzeitig in Rente zu schicken – auch gegen deren Willen. Zumindest formal ist

das Vorgehen der Ämter korrekt. **Das Sozialgesetzbuch II sieht die Möglichkeit der Frühverrentung ausdrücklich vor. Wer das 63. Lebensjahr vollendet hat, kann aufs Altenteil abgeschoben werden. Denn Hartz-IV-Bezieher haben laut Gesetz die Verpflichtung, andere Sozialleistungen vorrangig zu beantragen.** Die Sache hat aber einen Haken: Viele Betroffene müssen dabei hohe Abschläge in Kauf nehmen. Jeder Monat, den man früher in Rente geht, verringert die Altersbezüge um 0,3 Prozent. Wer bis 65 hätte arbeiten müssen, büßt so 7,2 Prozent ein. Noch schlimmer wird es jene treffen, für die die Rente ab 67 gilt: »Wer zum Beispiel nach 35 Versicherungsjahren mit 63 statt mit 67 in Rente gehen will, muss Abzüge von 14,4 Prozent hinnehmen«, heißt es dazu bei der Deutschen Rentenversicherung. **Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität, hält das Vorgehen der Jobcenter für einen Skandal.** Winkler forderte am Dienstag, dass die entsprechenden Regelungen im Sozialgesetzbuch dringend geändert werden müssen. **»Ansonsten bleibt Hartz IV Altersarmut per Gesetz«,** so Winkler. Nicht nur

die Volkssolidarität ist für ein Ende der altersdiskriminierenden Frühverrentung. Auch Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) »bat« die Bundesarbeitsministerin, die entsprechenden Regelungen zu ändern, wie die »Süddeutsche Zeitung« im August 2012 berichtete. Hinter Udes Vorstoß steckte auch finanzielles Kalkül. Denn die Grundsicherung im Alter für Menschen ohne auskömmliche Rentenansprüche gibt es erst ab 65. Das heißt, die Kommunen müssen den früher Verrenteten bis dahin Hilfe zum Lebensunterhalt bezahlen. Wie viele Menschen alljährlich in den erzwungenen Ruhestand geschickt werden, ist nicht bekannt. Die Thüringer Landtagsabgeordnete Karola Stange (LINKE) wollte jüngst von der Landesregierung wissen, wie oft Hartz-IV-Bezieher im Freistaat zwangspensioniert werden. Doch Fehlanzeige: In Erfurt kennt man die Zahlen angeblich nicht. »Die gehäuften Meldungen von Bürgerinnen und Bürgern legen nahe, dass hier eine bewusste Verschärfung der Praxis gefahren wird, um die Arbeitslosenzahlen vor der Bundestagswahl noch etwas aufzupolieren«, vermutet Stange. ■

Lesetipps



Aus ND Fr., 8. November 2013

Hausfee sucht neues Leben

Eine Berlinerin will endlich raus aus Hartz IV

Von Fabian Lambeck

Seit 16 Jahren hatte Sabine Neumann keinen richtigen Job mehr. Jetzt will die Ostberlinerin sich selbstständig machen. Doch das ist schwerer als gedacht. Wer erwartet, dass die Wohnung eines Menschen, der seit 1997 keinen regulären Job mehr hatte, verwahrlost ist, sollte Sabine Neumann besuchen. Ihre Zwei-Zimmer-Wohnung im Berliner Stadtteil ist liebevoll eingerichtet. Im Wohnzimmer steht ein grünes Ledersofa, an den Wänden hängen Fotos und Drucke. Nichts deutet darauf hin, dass die Besitzerin keine Arbeit hat. Doch Sabine Neumann hat genug. Genug von einem Leben auf Hartz-IV-Basis. Genug von den Absagen, die stets auf ihre Bewerbungen folgten. Genug von der Gängelung durch das Jobcenter mit seinen Eingliederungsvereinbarungen. Genug von arroganten Behördenmitarbeitern, die sie immer wieder spüren lassen, wer hier Herr und wer Bittstellerin ist. Sabine Neumann will sich selbstständig machen. »Ich werde als Hauswirtschafterin und Ernährungsberaterin arbeiten«, erklärt die zierliche Berlinerin. Einen Namen für ihr kleines Unternehmen hat sie auch schon: »Die Hausfee für Ihr Wohlbefinden«. Morgens will sie als Hauswirtschafterin Menschen beim Putzen, Einkäufen und Aufräumen helfen. Nachmittags über gesunde und bewusste Lebensmittel aufklären. Das Konzept steht. Dafür hat die Berlinern einen Businessplan erarbeitet, »der auch für gut befunden wurde«, wie die 47-Jährige betont. Zudem hat sie einen Existenzgründerkurs besucht.

Von Minijob zu Minijob

Eigentlich könnte es nun losgehen mit dem neuen Leben. Doch Sabine Neumann hat das Gefühl, dass ihr Elan vom Jobcenter ausgebremst wird. Was sie stört, ist vor allem das Misstrauen, das man

ihr dort entgegenbringt. Für ihre Selbstständigkeit ist sie auf eine Anschubfinanzierung angewiesen. Eigene Ersparnisse hat sie nicht. Kein Wunder, konnte Sabine Neumann doch seit 1997 nirgendwo mehr in Vollzeit arbeiten. In der DDR lernte sie den Beruf der Bekleidungsfacharbeiterin und war beim VEB Berliner Damenmoden angestellt. Im Jahre 1989 kam die Tochter zur Welt. Mit der Wende begannen die Schwierigkeiten. Dabei sah es anfangs noch ganz vielversprechend aus. Die junge Mutter arbeitete als Näherin in einer Kindertagesstätte. »Ich war ja im öffentlichen Dienst beschäftigt. Das gab mir Sicherheit.« Doch dann kam 1997 der Schock: Sabine Neumann wurde entlassen. »Ich bin damals in ein tiefes Loch gefallen, schließlich kannte man so etwas wie Arbeitslosigkeit in der DDR nicht«, blickt Neumann zurück. »Ich verbrachte nach der Kündigung viel Zeit mit meiner Tochter und versuchte nebenher, berufsmäßig wieder auf die Beine zu kommen.« Dafür tat sie einiges. So absolvierte sie zwei Ausbildungen. »Im März 2012 habe ich meine Prüfung zur Ernährungsberaterin mit einer Eins bestanden«, freut sie sich. Zuvor hatte sie sich bereits zur Kauffrau im Gesundheitswesen und zur Hauswirtschafterin ausbilden lassen. Doch auf dem ersten Arbeitsmarkt konnte sie nicht Fuß fassen. Ab und zu ergatterte sie einen Nebenjob. Etwa als Kaltmamsell bei der Bayerischen Landesvertretung in Sichtweite vom Brandenburger Tor. Auch als Ein-Euro-Jobberin war sie schon unterwegs. »Da gab es wenig zu tun.« Eigentlich habe sie dort nur ihre Zeit absitzen müssen. Weil sie stets nur Minijobs bekam, war sie trotz Arbeit auf das Geld vom Amt angewiesen. »Im Endeffekt blieb mir nur die Selbstständigkeit. Auch mein damaliger Arbeitsvermittler hat mir zu diesem Schritt geraten«, erinnert sie sich. Obwohl Neumann beob-

achten musste, dass die Jobcenter viele Erwerbslose in die Selbstständigkeit schicken, ohne dass die Betroffenen überhaupt eine Idee hatten, was sie denn machen könnten. Für die Ämter hat das einen Vorteil: Wer auf eigene Rechnung tätig ist, fällt aus der Arbeitslosenstatistik. Derzeit erhalten beinahe 130 000 Selbstständige zusätzliche Hartz-IV-Leistungen, weil ihre Einkünfte so niedrig sind, dass sie nicht zum Leben reichen. Sabine Neumann will wirklich auf eigenen Füßen stehen. Dafür hat sie sich professionelle Beratung geholt, die sie sogar teilweise aus eigener Tasche zahlen musste. Das sogenannte Gründercoaching wird von der örtlichen IHK und der KfW-Bank angeboten und soll Neulinge in wirtschaftlichen und organisatorischen Fragen unterstützen. »Das Ganze kostet 4000 Euro und ich muss davon zehn Prozent als Eigenanteil übernehmen.« Derart gut vorbereitet wollte Neumann dann im Januar einen Antrag auf Zuschuss beim Jobcenter abgeben. Daraufhin meinte der Berater vor Ort, sie müsse noch einen Gründerkurs absolvieren. »Dabei hatte ich doch schon alles fertig. Meinen Businessplan und meinen Finanzplan.« Aber es half alles nichts: »Von März bis Juni musste ich auf Drängen des Jobcenters noch einmal eine Fortbildung durchlaufen, obwohl doch schon alles klar war«, ärgert sie sich. Natürlich gab das Amt keine Ruhe und schickte ihr während dieser Zeit gleich vier Stellenangebote.

Ärger mit den Zuschüssen

Sabine Neumann verweigerte den Gehorsam und lehnte die Angebote ab. Schließlich war sie auf dem Weg in die Unabhängigkeit. »Wenn man, wie ich, erfolglos mehrere hundert Bewerbungen abgeschickt hat, dann weiß man, dass hier nur Zeit verschwendet wird.« *Fortsetzung auf Seite 12*

Fortsetzung von Seite 11

Einige Wochen fürchtete die angehende Ernährungsberaterin, dass man sie sanktionieren könnte, also ihren Regelsatz kürzt. Wer nicht spürt, der wird bestraft. Aber das Amt zeigte sich gnädig. Das Geld kam weiterhin in voller Höhe und die Firma, bei der sie noch einmal auf die Selbstständigkeit vorbereitet wurde, bescheinigte ihr, dass die Geschäftsidee von der »Hausfee für Wohlbefinden« tragfähig ist. Diese »fachkundliche Stellungnahme« kam nicht etwa von der örtlichen Industrie- und Handelskammer, sondern von einer Firma namens EWU, die vom Jobcenter mit der Beurteilung der Geschäftsideen beauftragt ist. Nicht alle hätten von der EWU grünes Licht bekommen, sagt Neumann. Etwa eine alleinstehende Frau mit drei Kindern. Ihr traute man nicht zu, einen eigenen Imbissstand zu führen. »Meine Idee wurde jedenfalls ohne Beanstandungen und Einschränkungen durchgewinkt«.

Während des Kurses riet man ihr, einen Zuschuss beim Amt zu beantragen. Für all die Dinge, die sie für ein eigenes Geschäft benötigt. Damit begannen neue Unannehmlichkeiten. So wurde ihr im Juli vom Sachbearbeiter eröffnet, dass sie für den Antrag auf einen Zuschuss die Kreditabsagen dreier Banken benötige. »Da ich aber nur zwei hatte, verschob sich alles.« Dabei hätte sie die dritte Absage auch nachreichen können. Zumal es ohnehin mehr als unwahrscheinlich ist, dass private Banken einer ostdeutschen Langzeitarbeitslosen Kredite gewähren. Dann der nächste Rückschlag: Einen Zuschuss,

der nicht zurückgezahlt werden muss, erhalten nur Kunden mit SCHUFA-Eintrag. Sprich: Wer bereits Schulden hat, dem wird Geld geschenkt. Wer aber wie Sabine Neumann immer vorsichtig gewirtschaftet hat, erhält nur ein Darlehen. Und das muss zurückgezahlt werden. »Was für eine Ungerechtigkeit.« Sabine Neumann ist die Wut über den behördlichen Irrsinn anzumerken. Doch damit nicht genug: Für jeden Artikel, den sie benötigt und vom Amt bezuschussen lassen will, muss Sabine Neumann Angebote von drei verschiedenen Anbietern einholen. Das mag bei einem Computer noch sinnvoll sein, doch auch für den Stempel, der ihre Briefe zieren soll, musste sie drei Anbieter finden. Zudem sperrte sich das Amt, ihr einen Laptop zu finanzieren. »Mir wurde unterstellt, ich würde diesen auch privat nutzen.« Was Sabine Neumann besonders ärgert: »Das Geld für die Anschaffungen wird mir nicht ausgehändigt, sondern vom Amt direkt an die Verkäufer überwiesen.« So erfährt auch die Druckerei, die ihre Werbezettel herstellt, dass sie Hartz-IV-Empfängerin ist, fürchtet Neumann. Zudem sollte sie eine Abtritts-erklärung unterschreiben. Somit könnte man ihr jederzeit die Sozialleistungen kürzen, wenn sie in Verzug geriete bei der Rückzahlung des Darlehens. Doch Sabine Neumann hat genug: Per Brief fordert sie nun vom Amt, dass man ihr einen Zuschuss gewährt, der nach erfolgter Prüfung auf ihr Konto überwiesen werden soll. »Sollten Sie mir statt Zuschuss ein Darlehen bewilligen, dann begrün-

den Sie mir das mit allen Rechtsgrundlagen.« Zudem drängt die resolute Ost-Berlinerin darauf, dass ihr endlich eine Antwort auf ihre Beschwerde vom Februar zugeschickt wird. Damals hatte sie sich per Brief über die miese Behandlung durch ihren Sachbearbeiter beklagt: Einerseits zeige der Mann keinen Respekt vor dem Kunden, also ihr, andererseits würden von den Betroffenen aber Respekt und Gehorsam erwartet. »Das ist kein Miteinander, sondern ein Gegenüber«, schrieb Neumann damals. Eine Reaktion vom Amt blieb aus.

Querulantin und Dauerkundin

Dabei verfügt jedes Jobcenter über ein Beschwerdestelle, die sich hinter dem sperrigen Begriff »Kundenreaktionsmanagement« verbirgt. »Wahrscheinlich gelte ich dort intern auch schon als Querulantin oder Dauerkundin«, lächelt Neumann und nimmt einen tiefen Schluck aus der Kaffeetasse. Erst vor wenigen Wochen hatte »nd« aufgedeckt, dass interne Weisungen des Jobcenters Lichtenberg jene Kunden, die sich an die Beschwerdestelle wenden, als »Querulanten« oder »Dauerkunden« abstempeln. »Bin ich eben eine Querulantin«, sagt Neumann und zuckt mit den Schultern. Auf den ersten Blick wirkt die ehemalige Bekleidungs-facharbeiterin vom VEB Damenmode etwas schüchtern. Doch das täuscht. »Ich lasse mir jetzt nichts mehr gefallen«, sagt sie und lächelt dabei.

■



Aus ND Fr., 8. November 2013

Ein Arbeitsloser auf Tournee

Der Erwerbslosenaktivist Ralph Boes will durch Deutschland reisen

Ralph Boes hat wieder einmal Großes vor. Schon im Frühjahr machte der Erwerbslosenaktivist mit seinem Sanktionshungern bundesweit Schlagzeilen. Nachdem das Jobcenter ihm die Leistungen um 90 Prozent gekürzt hatte, verweigerte Boes 43 Tage lang die Nahrungsaufnahme. Es war bereits das zweite Mal, dass er mit seinem Hungern gegen die, wie er sagt, »verfassungsfeindliche Hartz-IV-Praxis« protestierte. Boes und seine Mitstreiter von der Bürgerinitiative Grundeinkommen machen immer wieder mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen von sich reden, mal verteilte man Rosen an Jobcenter-Mitarbeiter, mal verbrannte Boes seine Eingliederungsvereinbarung vor einem Berliner Arbeitsamt. Nun plant der kämpferische Hartz-IV-Bezieher eine Deutschland-Tour, um sich mit

anderen Betroffenen auszutauschen. »Ich stelle mir vor, eine Tour durch Deutschland zu machen, auf der wir uns Ort für Ort in Ruhe treffen, Aktionen durchführen, Vernetzungen anbahnen, Ort für Ort Erlebnisberichte aus dem Leben der Sanktionierten verfassen und veröffentlichen. Fotos machen, Filme drehen, direkt mit den Politikern reden, gemeinsam über Verbesserungsvorschläge sprechen«, so Boes in seinem Aufruf. Im Vordergrund soll dabei die menschliche Dimension der Sanktionen stehen. Zudem will Boes öffentliche Vorträge halten über die »juristischen und politischen Dimensionen des Themas«. Am kommenden Dienstag will man sich in einem Berliner Kulturzentrum treffen, um über »Möglichkeiten und Potentiale der Aktion« zu sprechen. Boes hofft seine Idee von der Tournee durch

Deutschland könnte »ein Anfang für eine größere Bewegung« sein. Wie düster die Lage im Lande tatsächlich ist, zeigen die Zahlen, auf die sich die Diakonie Mitteldeutschland am Mittwoch berief. Im Rahmen der 5. Hallischen Erklärung »Inklusion und Teilhabe« warnte das kirchliche Hilfswerk: »Menschen in Ostdeutschland sind überdurchschnittlich von Armut betroffen«. Demnach gelten 25 bis 30 Prozent der Kinder bis 15 Jahren in ostdeutschen Großstädten als arm. Fast 20 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt und Thüringen seien von Armut bedroht. Im Bundesdurchschnitt seien es 15 Prozent. Die Diakonie fordert unter anderem eine Anhebung der Hartz-IV-Sätze, eine gesetzliche Mindestrente sowie öffentlich geförderte Beschäftigung statt Finanzierung von Arbeitslosigkeit. ■

Marie's Kartoffelschälgedanken



Liebe Nachgeborenen, ich beobachte Euch!

Ich bin die Marie, geboren noch im 19. Jahrhundert als Landarbeiterkind. Leider verstehe ich nicht mehr viel von Eurer Gegenwart. Jede Generation hat ja so ihre Zeit. Und Ihr nun die Eure – ein Stück Wegstrecke des 21. Jahrhunderts. Und ist die Eure Zeit nun besser als die meine?

Ich sehe: Es gibt keine Kaufmannsläden mehr. Da bin ich doch so gerne hingegangen. Da konnte man so schön miteinander und auch übereinander sprechen und lachen. **Ich sehe:** Ihr sprecht und lacht nicht mehr viel miteinander, und wenn, dann auch nicht Plattdeutsch, führt oft Selbstgespräche auf der Straße, komische Wörter benutzt Ihr. Versteht Ihr selbst alles, was Ihr da so schwatzt? Spielt viel und gerne mit merkwürdigen Gerätschaften, schaut Euch seltener an, seid oft hinterlistig, sagt Euch nicht mehr ehrlich die Meinung. Schade, schade, wirklich! **Ich sehe:** Call- und andere Center. In Schwerin sogar ein Schlossparkcenter, obwohl die Stadt doch gar keinen solchen Schlosspark hat, sondern nur einen Schlossgarten. Und gibts da auch was zum Essen oder Anziehsachen? Das interessiert mich alles sehr, bin halt 'ne Neugierige. **Ich sehe:** Jobcenter? Was is dat denn? Was gibt es da, warum müssen da so viel Fruggens- und Mannslüh hin, wenn se kien Arbeit hehm? Und warümm hehm se eigentlich kien? Verstah ick nich, ist doch genug tau daun. Die sind doch auch nich

krank. Aber keiner kann und will sie wohl haben und bezahlen, warum denn nicht? Und wer sind diese Lüh in diesen jobbigen Kentern, die sich dort um diese Nichtkranken kümmern müssen? Bekommen die eigentlich Geld? Ärzte sind die ja nicht, aber vielleicht Polizisten oder Kriminalisten? Sie suchen ja viel nach Verbrechern, jetzt nun auch nach versteckten Groschen und Pfennigen der armen Menschen, die diese fischen aus dem Inter-Netz. Fischernetz? Hm. Sie meinen wohl die Inletts. Da konnte ich zu meiner Zeit immer schön das Essen warm halten. Geld kann man da natürlich auch verstecken. **Ich sehe:** meinen vielen lieben Enkeln, Ur- und Urenkelchen sehr gerne beim Leben mit seinen fröhlichen und auch traurigen Seiten gespannt zu. Und viele Hübsche sind drunter, muss ich schon sagen. Es sind doch sehr viele Ableger geworden. Dabei waren wir doch nur zwei – der liebe Heinrich und ich. Aber im Rechnen war ich ja auch nie gut, brauchte ich auch nicht, da wir ja nie was zu berechnen hatten. Und schlau sind sie auch, Studierte darunter. Von mir haben sie das jedenfalls nicht. Aber die Geschichte hat es gezeigt. Ja, auch Tagelöhner- und Arbeiterkinder können schlau sein, wenn man sie denn lässt. Meine Ahnen waren jedenfalls alles arme Schlucker, nicht reich an Geld waren die, aber adelig im Herzen, gaben ihr letztes Hemd. Allesamt durchweg Menschenfreunde. Viele meiner Enkel, Ur- und Urenkelchen leben auch heute noch in Mecklenburg, einige sind auch ausgewandert. Wenn ich sie alle bekochen könnte, und das würde ich sehr gerne, wieviel Eimer Kartoffeln müsste ich da wohl schälen? **Ich sehe:** Mein einst geliebtes Vatersplan, ein kleines Dörfchen bei Schwerin (einst erbaut von den »Von Barners« nach einem Plan vom Vater) ist auch verschwunden, und das schon vor über 40 Jahren. Wir waren auch schon fortschrittlich damals. Höchstes Öko war unser Leben damals dort schon. Wasser holten wir von der Pumpe. Unsere Nahrung wuchs und lief vor dem Haus frei und glücklich herum. Ein Plumsblo zierte den Hof. Für Euch ist das Ööko, für uns war's normal. Ja, wir hatten auch schon elektrisches Licht. Und es gab um 1960 den ersten Fernseher bei uns im Dorf. Er stand in unserem Katen. Da waren wir ganz stolz drauf. Ein Fernsehzimmer hatten wir hergerichtet. Dort standen nur der Fernseher und viele, viele Stühle für die Dorfgemeinschaft. Gesendet wurde noch in Schwarzweiß, auch noch nicht jeden Tag, aber wenn, dann kamen sie alle gerne zu uns: der Walther, der Rudolf, August, die Elisabeth, Ida, die Gertrud, die Hilde, Hedwig, der Heiner und all die anderen. Ach ja! Schön war es. Wir unterhielten uns über die Sendung noch stundenlang bei Schnitthen, Bier und Eierlikör. Auf diesem Öl-Bildchen hier, es ist das einzige von Vatersplan, könnt Ihr mich beim Kartoffelschälen und den Heinrich beim Wasserholen sehen. So sind wir immer noch ein wenig da. Nun, macht es gut! **Bleibt bitte, bitte ehrliche Leut! Ein sinnerfülltes schönes Leben, mit wenig Unsinnigem, wünscht Euch die Marie.**

Schuldner- & Verbraucherinsolvenzberatung

Arbeitslosenverband hilft seit zwanzig Jahren Bedürftigen bei Verschuldung

Von Dr. Heiko Hahnel

Der Landesverband mit seinen zum Teil juristisch selbstständigen Kreis- und Ortsverbänden war im Jahr 2012 Träger von insgesamt acht Beratungsstellen mit diversen Außenstellen. Hier waren neunzehn FachberaterInnen und sieben Verwaltungskräfte tätig. Zwei Beratungsstellen arbeiten dabei im Verbund mit anderen Trägern der freien Wohlfahrtspflege. 1.396 Neuaufnahmen und die noch nicht beendeten Vorgänge aus den Vorjahren machten für 2012 im Ganzen 3.179 aktenkundige Fälle aus. Hinzu kommen noch 3.012 Kurzberatungen mit 126 Verweisen auf das Regelinsolvenzverfahren. Die durchschnittliche Wartezeit auf einen Ersttermin betrug etwa einen Monat. Kriseninterventionen, insbesondere im Bereich der Sicherstellung von Wohnraum und Energieversorgung, fanden dabei aber jeweils zeitnahe Berücksichtigung. Die Verschuldung betrug insgesamt 35.622.682,52 €. In 550 Fällen sind dabei Mietschulden in Höhe von 1.217.417,21 € erfasst worden. Bei jungen Menschen (bis 27 Jahre) bestanden in 323 Fällen – oftmals als Einstiegsverschuldung – Handyverbindlichkeiten von 330.247,69€. Insgesamt sind 14.020 Forderungen gezahlt worden. Häufigste Ursache der Überschuldung

war weiterhin Arbeitslosigkeit. Erkrankung, Unfall und Sucht sowie Einkommensarmut, aber auch Konsumverhalten, unwirtschaftliche Haushaltsführung und fehlende finanzielle Allgemeinbildung haben als Auslöser ebenfalls maßgeblich zur Überschuldung beigetragen. 759 außergerichtliche Einigungsversuche sind zur Schuldenregulierung im Sinne des Insolvenzrechts unternommen worden. Hiervon waren 62 erfolgreich. Demgegenüber sind 612 Anträge auf Eröffnung von Verbraucherinsolvenzverfahren gestellt worden. In M-V war der Landesverband mit seinen Untergliederungen wiederum stärkster Träger der anerkannten Schuldnerberatungsstellen. Für alle Träger verzeichnete die Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung M-V e.V. 4.240 Neuaufnahmen. Unser Anteil machte hierbei ca. 33 Prozent aus. Auf 9.086 aktenkundige Fälle entfielen auf den Arbeitslosenverband etwa 35 Prozent. Unser Beitrag bei den 8.250 Kurzberatungen lag bei fast 37 Prozent; bei den Empfehlungen auf ein Regelinsolvenzverfahren waren es auf 415 Verweise etwa 30 Prozent. Die durchschnittliche Wartezeit zwischen Erstkontakt und Beratungsbeginn betrug 37 Tage, in unserem Verband 27 Tage. Die Gesamtverschuldung (43.142 Forderungen) betrug in M-V

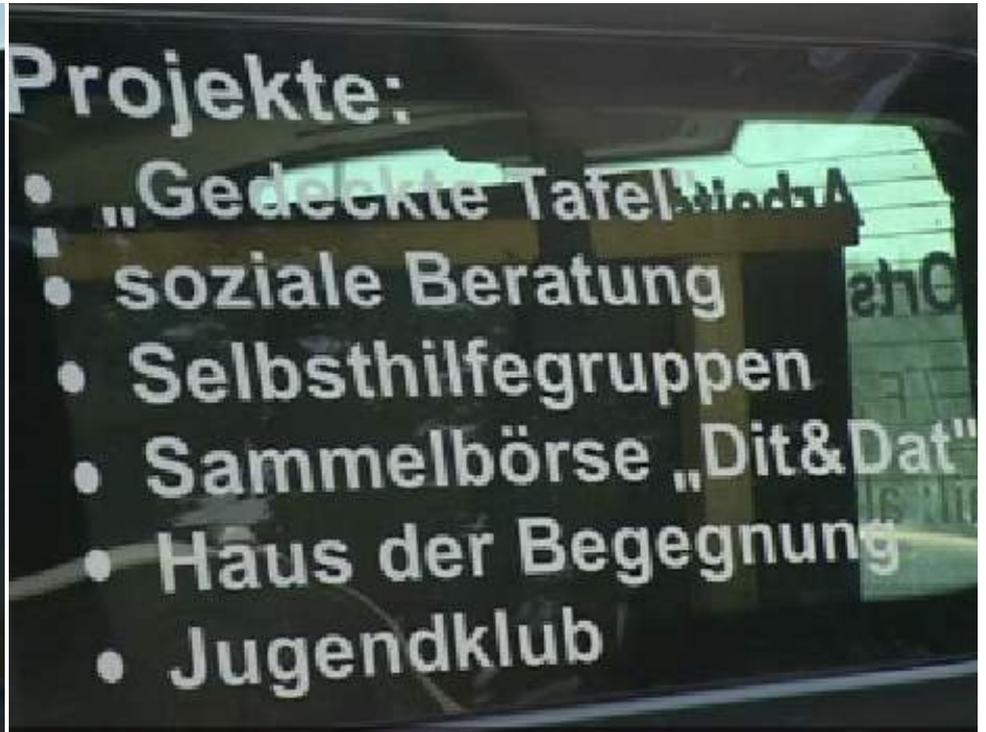
103.131.929,52 €. Somit entfiel auf unseren Träger ein Anteil von ca. 35 Prozent. An den 2.375 vorgerichtlichen Einigungsversuchen hatte unser Verband eine Quote von ca. 32 Prozent; bei den 238 erfolgreichen Einigungsversuchen waren es ca. 26 Prozent. Im Ganzen sind 1.963 Anträge auf Eröffnung von Verbraucherinsolvenzverfahren in M-V gestellt worden. Trägerseitig hatten wir daran einen Anteil von über 31 Prozent. Die Fachberater des Verbandes klärten im Bereich des Pfändungsschutzkontos in 1.343 Fällen (ca. 36 Prozent von 3.697 in M-V) über das geltende Recht und die jeweiligen individuellen Voraussetzungen sowie Verfahrensweisen auf. Infolge dessen sind 961 Bescheinigungen (ca. 32 Prozent von 2.969 in M-V) erstellt worden. Die Finanzierung anerkannter Schuldnerberatungsstellen in M-V ist im Bundesvergleich als relativ hoch einzuschätzen – wofür wir den Finanzierungsgebern an dieser Stelle ausdrücklich danken möchten. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch auch, dass die Verschuldungsquote privater Haushalte in M-V überdurchschnittlich hoch ist. Zusätzliche Kompetenzzuweisung durch den Gesetzgeber in der Vergangenheit und gegenwärtige Reformen im Insolvenzrecht erfordern eine auskömmliche Finanzierung. ■

DIE ZEHN GEBOTE FÜR SCHULDNER

1. Du sollst Dich nicht verführen lassen. Kaufe nur das, was Du bezahlen kannst.
2. Steck den Kopf nicht in den Sand. Wenn Du nicht bezahlen kannst, suche Lösungen mit den Gläubigern.
3. Bevor Du einen Kredit aufnimmst, sollst Du wissen, was der Kredit Dich letztendlich kostet.
4. Glaube nicht ungeprüft das, was Dir andere versprechen. Bevor Du einen Vertrag unterschreibst, sollst Du alles gelesen und verstanden haben.
5. Wenn Du ein Konto eröffnest, prüfe die Bedingungen und vergleiche sie mit anderen Banken.
6. Du sollst Briefe nicht ungeöffnet weglegen.
7. Überlege genau, bevor Du Dein Konto überziehst. Ein Dispo ist ein Kredit mit besonders hohen Zinsen!
8. Du sollst nicht falsch Zeugnis ablegen über Dein Einkommen und Deine Zahlungsverpflichtungen.
9. Du sollst immer sicherstellen, dass Du Deine Unterhaltspflichten erfüllst.
10. Du sollst alte Schulden nicht mit neuen Schulden bezahlen.

Bad Kleinen am 3. November im Nordmagazin

Arbeitslosenverband schultert immer mehr nur noch ehrenamtlich



Lübz auf dem Weg zu Deutschlands aktivster Stadt 2013

Der Arbeitslosenverband-Ortsverein Lübz und Umgebung e.V. nahm am 31. Mai und am 1. Juni 2013 beim bundesdeutschen Städtewettbewerb »Mission Olympic« teil. Anspruch dieses Events ist es, den Sport in Deutschlands Städten nachhaltig zu fördern, Menschen in Bewegung zu bringen und sie für mehr Aktivität zu begeistern. Die Förderung des Breitensports und bürgerschaftliches Engagement stehen dabei ganz im Vordergrund. Nach bis dato fünf Mission Olympic Runden hatten sich 194 Städte und über 8.600 Sportinitiativen beworben. Mehr als 1,4 Millionen Menschen waren sportlich aktiv. Der Titel »Deutschlands aktivste Stadt« wird 2013 in drei Größenkategorien vergeben. In der Kategorie der klei-

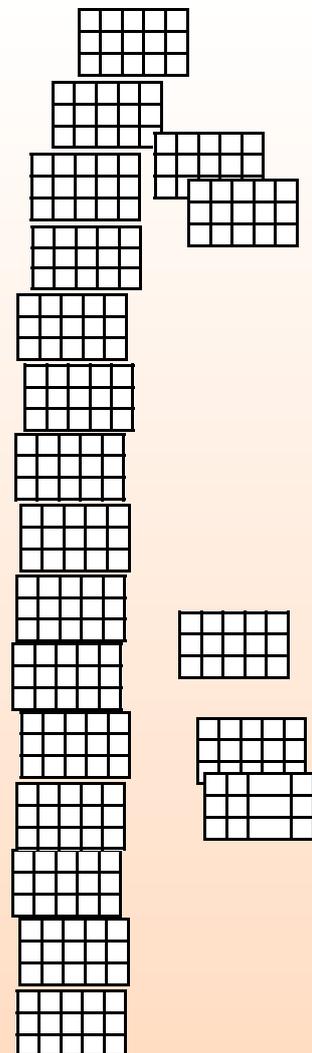
nen Städte bis 25.000 Einwohner trat Lübz gegen Montabaur (Rheinland-Pfalz) an. Das Finale war für unsere Region ein einmaliges Ereignis. Es ging in dem zweitägigen Ereignis darum, möglichst viele Aktivitätspunkte zu sammeln. Das geschah an unterschiedlichen Stationen und im ganzen Stadtgebiet verteilt. Besucher jeden Alters fanden mit Bewegungsangeboten Begeisterung für einen aktiven Lebensstil. Kreative Ideen, wie Bierkästen stapeln, Gruppengymnastik, Milchkannenrennen, Strohbällen rollen, Radwanderungen, Auto ziehen, Hüpfburg u.v.m., verliehen der sehr gut besuchten Veranstaltung den Charakter eines Volksfestes. Der Arbeitslosenverband beteiligte sich hierbei auf dem Sport-

platz in der Feldstraße mit Pendelkegeln und einem Staffellauf Stelzen gegen Ski. Auch diese Station ist begeistert angenommen worden. Am 20.09. und 21.09.2013, an diesen beiden Tagen hat Montabaur dann an der Mission Olympic teilgenommen. Wir vom Arbeitslosenverband hatten hierfür natürlich fest die Daumen gedrückt. Und es ist geglückt: Lübz hat es dann mit einem zweiten Platz aufs Siegereppchen geschafft. Das Sportangebot ist über das Event hinaus durch mehrere Angebote erweitert worden. Damit ist das erstrebte Ziel erreicht worden. Die Teilnahme an dieser sportlichen Veranstaltung war für alle ein großer Gewinn.

*Dr. Heiko Hahnel
(stellv. Vereinsvorsitzender)*



Fotos: Heiko Hahnel



Ein DANKESCHÖN ans Lübzner Team!

1.000 Euro gingen an den ALV-Ortsverein Lübz

Der NDR feierte seine 200. Sommertour am 23. und 24. August 2013 in Lübz, auf dem Brauereigelände mit Stargast LENA. Keine NDR-Sommertour ohne Stadtweite. In Lübz fand die Nordmagazin-Stadtweite schon am Freitag statt, zum Auftakt des großen Lübzner Brauerei-Festes. Hier traten in der Nordmagazin-Live-Sendung von 19.30 bis 20.00 Uhr das Lübzner Team gegen das NDR-Team im großen **BIERKASTENSTAPEL-SPIEL** an. Jedes Team bestand aus drei Mitgliedern, es galt innerhalb von zwei Minuten so viele Bierkästen in die Höhe zu stapeln wie möglich. Dazu stand ein spezielles Klettermodul zur Verfügung, an dem schon ab 17.30 Uhr alle Lübzner trainieren konnten. Das NDR-Team bestand aus Kathrin Feistner, Frank Breuner und einem Bandmitglied von Marquess. Im Lübzner Team waren Mitarbeiter der Brauerei und Einwohner von Lübz. Die Lübzner schlugen das NDR-Team und gewannen 1.000 €, die sie dann an den ALV weiterreichten.

OV Gadebusch mit Kleiderbörse auf Tour

Hohes Ansehen des Arbeitslosenverbandes bei Gadebuscher Bevölkerung

Rögnitzer
Bauernmarkt
So., 8. Sept. 2013



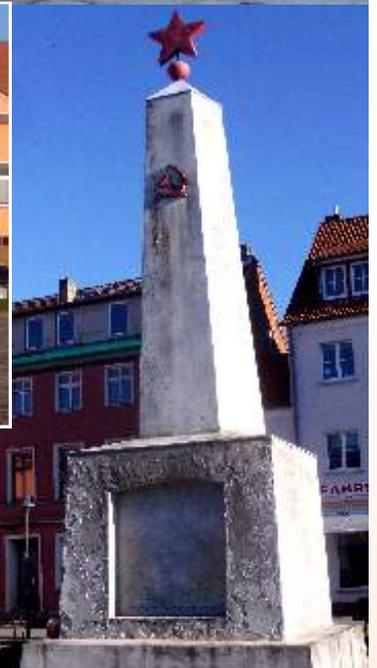
Fotos: Petra Eckert

13. Landesverbandstag 2014 in Richtenberg

Arbeitslosenverband ein wichtiger Partner der Stadt



KULTURHAUS



Der Landesvorstand tagte am 7. September in Richtenberg, schaute sich die Räumlichkeiten für den 13. Landesverbandstag 2014 vor Ort an. Es kam zu einem intensiven Gedankenaustausch mit dem Bürgermeister Karldiether Wegner.



SOZIALKAUFHAUS Richtenberg

Bekleidung für Jung und Alt, Möbel, Polstergarnituren, Elektro- und Haushaltgeräte



Fotos: Petra Eckert

Richtenberg ist eine Stadt im Landkreis Vorpommern-Rügen in Mecklenburg-Vorpommern. Die Landstadt wird vom Amt Franzburg-Richtenberg mit Sitz in der Stadt Franzburg verwaltet. Bevölkerung: 1.417

ZUR GECHICHTE

1231 wurde der Ort als Kirchdorf erstmals erwähnt, der Name Richtenberg taucht in alten Schriften erstmals 1469 auf. Ausschlaggebend für die Siedlungsgründung waren die salzhaltigen Quellen im Bereich der Trebelniederung. Die Salzproduktion bestimmte so auch lange Zeit, neben dem Handwerk, die Entwicklung der Stadt, in der die Landwirtschaft immer eine untergeordnete Bedeutung hatte. So lebten und arbeiteten Anfang des 19. Jahrhunderts 130 Handwerker in Richtenberg. Im 20. Jahrhundert war die Stadt dann sehr bekannt wegen Ihrer Schnapsbrennerei.

Aus SVZ Sa. u. So. 3./4. August 2013

Arbeitslosenverband sorgte für Ferienspaß

Von Christian Koepcke

SCHWERIN Jedes Jahr im Sommer führt der Arbeitslosenverband, Kreisverband Schwerin, eine Ferienfreizeit für Kinder durch.

»Dieses Angebot in den Schulferien wird immer beliebter und von den Eltern als willkommene und sinnvolle Entlastung gern angenommen«, beschreibt Silvia Piechowski, Leiterin des Arbeitslosenzentrums in Schwerin. Die 27

Sechs- bis Zwölfjährigen und deren fünf Betreuer verbrachten zusammen eine Woche mit verschiedenen Ausflügen und Thementagen. Die diesjährige Ferienfahrt führte ins Schullandheim Peetsch. Dieses liegt umschlossen von Wäldern und Seen in der Mecklenburgischen Schweiz. So bot sich eine Kremserfahrt durch den Peetscher Wald an und der direkt anliegende See konnte als Abkühlung an den heißen Tagen dienen. Auf dem klei-

nen Verkehrsgarten, der auf dem Gelände des Schullandheimes liegt, konnten die Kinder ihr Wissen testen und ihre Teamfähigkeit trainieren. Außerdem fertigten sie Gipsmasken an. Abends trafen sich alle bei einem Lagerfeuer, aßen Knüppelkuchen, Marshmallows und erzählten Geschichten. Die Fahrt mit einem Elektro-Quad der Verkehrswacht war für die Jugendlichen einer der Höhepunkte ihrer Ferienfahrt. svz



Fotos: Tim Piechowski

Mutter-Kind-Treff rund um die Gesundheit

Ein Projekt des Arbeitslosenzentrums Lübtheen

Von Angelika Gräf

Im ALZ Lübtheen wurde das Projekt »Mutter-Kind-Treff rund um die Gesundheit« ins Leben gerufen. Das Projekt begann am 3. September 2012 und endete am 31. August 2013. In der Anfangsphase mussten umfangreiche Vorbereitungen getroffen werden. So wurden Flyer entworfen, gedruckt und verteilt in Lübtheen und Umgebung (Kitas, Schulen), um auf das Projekt aufmerksam zu machen. Hier lernten junge Muttis richtig und gesund zu kochen, den Kindern das Essen auch schmackhaft zu machen. Auch die Kleinen durften in der Küche mithelfen, was natürlich allen viel Freude machte.

Es wurden mit den Kindern, egal ob klein oder groß, Sport und Bewegung geübt, ob auf der Turnmatratze, mit dem Springseil, Ball oder Hula-Hopp-Reifen. Aber auch Gesprächsrunden mit den Eltern wurden organisiert. Hier tauschten die Familien ihre Erfahrungen aus, z.B. über die Essgewohnheiten und Ernährung ihrer Kinder. Im Herbst wurde mit den Kinder gebastelt. Dabei mussten die Kinder sich das Material selber zusammensuchen (Wald, Wege). In der Adventszeit wurden Nikolausstiefel gebastelt und gemeinsam Plätzchen gebacken. In der Osterzeit haben die Kleinen Ostereier und Hasen gemalt. Die kleinen aber auch größeren Kinder sind immer sehr begei-

stert und mit viel Neugierde und Elan dabei. Die Eltern und Kinder waren sehr erfreut über dieses Projekt, auch gerade deshalb, weil in Lübtheen und Umfeld keine Alternative in dieser Richtung vorhanden ist. Man kann mit Gewissheit sagen, dass der Besuch der Mütter und Kinder in diesem Projekt seit Beginn ständig zunahm und die Resonance ein Erfolg darstellt. Die drei Mitarbeiterinnen des Projekts sind dankbar, dass sie hier ihr ehrenamtliches Engagement und ihre Kreativität entfalten konnten. Und auch die Stadt Lübtheen freute sich. Das Projekt wurde durch das Land Mecklenburg-Vorpommern gefördert. ■



Fotos: Angelika Gräf



»Mach mit – bleib fit«

Ein Projekt des Arbeitslosentreffs Teterow

Aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) wird dieses Projekt finanziert. Zuwendungszweck: Erhöhung und Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen und anderen benachteiligten Personengruppen für Gnoien und Umgebung durch das Projekt »Mach mit – bleib fit«. Diesem Projekt, das ab 17.12.2012 begonnen hat, haben sich 12 Teilnehmer angeschlossen. Dieses Projekt hat zwei Bestandteile: Gesunde Ernährung und sportliche Betätigung. Gesunde Ernährung und sportliche Betätigung ergänzen sich hervorragend und bilden die Grundlage, sich geistig und körperlich fit zu halten, sich aber auch damit auseinanderzusetzen, was tue ich meinem Körper durch eine falsche Ernährung an. Der überwiegende Teil der Teilnehmer ist arbeitslos und findet in diesem Projekt eine sinnvolle und lehrreiche Betätigung. Sie können selbst aktiv mitwirken, nehmen Erfahrungen und Erkenntnisse mit nach Hause. Ein anderer Nebeneffekt (und das wollen wir bewusst) ist, dass wir diese Personengruppe nicht allein lassen, sondern sie in eine Gemeinschaft einfügen und sie auch geistig und körperlich fordern. Freude und Spaß sollen in diesem Projekt nicht in den Hintergrund

gedrängt werden, denn nur wer Freude am Tun hat, ist auch motiviert. Schon in der ersten Zusammenkunft wurde deutlich, dass sich die Frauen nicht nur »berieseln« lassen wollten, sie beteiligten sich rege an der Benennung der Themen zur gesunden Ernährung und äußerten ihre Wünsche, die natürlich mit in den Plan unserer Beraterin aufgenommen wurden. Auch bei der theoretischen Einführung des Sportprogramms hatten unsere Frauen Mitspracherecht und auch hier fließen ihre Wünsche mit ein. In der praktischen Tätigkeit zeigte sich dann, dass sich die Frauen auf das Projekt eingestellt hatten. Sie waren mit Spaß bei der Zubereitung der Rezepte und folgten aufmerksam den Ausführungen unserer Beraterin. Sie stellten ihre Fragen und bekamen Antworten und nützliche Praxistipps dazu. Der Verzehr, der sich nach der Zubereitung der Speisen an einem schön gedeckten Tisch anschließt, ist dann immer etwas Besonderes. Das man hier in fröhlicher Runde an die Auswertung geht, lässt sich denken. Wenn die Frauen wohl gelaunt und mit neuem Wissen die Räumlichkeiten verlassen, haben wir ein Ziel erreicht. In der Gemeinschaft etwas schaffen, etwas erleben, sich auszutauschen und auch

Spaß zu haben – dafür lohnt es sich aus dem Haus zu gehen. »Sport ist Mord«, so ein Slogan aus dem Volksmund – aber nicht bei uns in der Gruppe. Sport soll Spaß machen, soll für jeden machbar sein. Dieses Ziel haben wir uns gestellt. Deshalb auch der Hinweis der Betreuerin, jeder so wie er kann, jeder kennt seine eigene Leistungsgrenze und die wird ausgereizt. Nach dem Ende des Projekts wird sich herausstellen, ob eine Leistungssteigerung nach persönlicher Einschätzung erreicht wurde oder nicht. Mit einfachen gymnastischen Übungen wurde begonnen, um eine gemeinsame Grundlage zu schaffen. Ziel sollte es sein, alle Muskelgruppen zu aktivieren (durch die unterschiedlichsten Übungen), Koordinations- und Ballspiele fördern die Sicherheit, Entspannungsübungen dienen dazu unseren Körper zu spüren, uns wohl zu fühlen und alles von uns abfallen zu lassen. Die Praxis hat es gezeigt, dass alle Teilnehmerinnen aktiv ihr Bestes geben, Spaß an der Bewegung haben (auch wenn sich mal ein Muskelkater bemerkbar macht) und besondere Freude bei Spielen entwickeln. ■



Foto: Petra Eckert 2013

BUCHVORSTELLUNG

Aus dem Buchklappentext »Milch«

**Aus der
Geschichte der
Milchwirtschaft**

Der Vorwurf einer gewissen Rückständigkeit trifft Mecklenburg und Vorpommern nicht selten, insbesondere mit Blick auf des 19. Jahrhundert. Was die Landwirtschaft im Allgemeinen und das Molkereiwesen im Speziellen angeht, dürfte solch ein Vorurteil fortan zur Vergangenheit gehören. In Auswertung des »Milch-Materials« in den Archiven und Bibliotheken Mecklenburg-Vorpommerns kommt Reno Stutz zu ganz überraschenden Ergebnissen. Manch verdienstvolle Persönlichkeit ist in den letzten Jahrhunderten schlichtweg vergessen worden, z. B. Johann Colerus, der 1605 den letzten Teil eines sechsbändigen Werkes über die Land- und Hauswirtschaft schrieb. Kaum jemand erinnert sich, dass seine Arbeit für gut 300 Jahre die Basis des landwirtschaftlichen

Wissens bildete. Und wer weiß schon, dass Landwirte der Insel Poel 1865 eine der ersten deutschen Genossenschaftsmolkereien gründeten. Neu datiert werden muss der Beginn der Trockenmilchherstellung in Deutschland. Bereits fünf Jahre, nachdem der Amerikaner Gail Borden solch eine Milch 1850 erstmals gewonnen hatte, begann ein Landwirt in Nienhagen bei Teterow seinerseits mit

der Herstellung dieses Produktes. Und den größten »Coup« landeten die regionalen Pioniere der Milchwirtschaft 1876, als es ihnen gelang, den deutschen »Milchgott« Wilhelm Fleischmann aus Bayern nach Raden zu holen. Hunderte Molkereifachleute reisten im darauf folgenden Jahrzehnt in das mecklenburgische Dorf, um sich dort die

Milchkutscher die mit Milch gefüllten Kannen frühmorgens in Empfang nahm. Wenige Stunden später fuhr er erneut vor und stellte die Kannen, mit Magermilch gefüllt, wieder ab. Wer heutzutage an einer Molkerei in Mecklenburg-Vorpommern vorbeifährt, erkennt von außen kaum noch, dass im Inneren Milchverarbeitung auf höchstem lebensmitteltechnischen

und betriebswirtschaftlichen Niveau erfolgt. Auf der Suche nach den romantischen Bildern von gestern und vorgestern will das vorliegende Buch ein angenehmer Begleiter sein. Es fußt auf zwei Jahren intensivster Materialrecherche des Autors, der auch die dramatischen Umbruchjahre ab 1989/90 ausführlich thematisiert. Die bewusst populär gehaltenen, episodenhaften Geschichten, lebendige Zeitzeugenberichte und nicht zuletzt die große Zahl an Abbildungen zeigen den Werdegang eines besonderen Wirtschaftszweiges von der privaten Butterherstellung über den dampfbetriebenen Kleinbetrieb bis hin zum computergesteuerten Großunternehmen. ■



neuesten Erkenntnisse anzueignen. Im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern existiert nur noch ein Dutzend großer Milchverarbeitungsbetriebe. Einst gab es jedoch fast 300 kleine und kleinste Molkereien, die das Land wie ein Netz überzogen. Allorts fuhren auf »Milchwegen« kannenbeladene Milchwagen. In den Dörfern standen vor jedem Bauemgehöft »Milchböcke«, auf denen der

**BUTTERFASS**

Foto: Petra Eckert

